

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Die Idee der Bildungsplanmatrix

- Landesmedienzentrum zu fächerintegrativer Medienbildung

Mehr Vielfalt statt Zentralismus

- Gedanken zur Landtagswahl von Eckhard Behrens

Ideen an der Verbesserungswand

- Das Optimierungskonzept der Joh.-Wittum-Schule

Besser unterrichten mit EMU

- Neue Methode zur Unterrichtsdiagnostik

Im Kampf um die besten Talente

- Was die Kinder für die Arbeitswelt lernen müssen

Mit Kindern ins finanzielle Abseits?

- Spitzenplatz für Deutschlands Familien bei Steuerlast

Aufbruch statt Abriss gefordert

- Gutachten zur demografischen Entwicklung der Schullandschaft

Hochschule aktuell:

Studienbotschafter zeigen, wie man „gscheit studiert“

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsmarkt: Zukünftig entscheiden vielfältige Talente . . . 3	Berufsschullehrerverband: Arbeitsschwerpunkte der neuen Vorsitzenden 20
Bildungspolitik: Mehr Vielfalt statt Zentralismus 4	Elternstiftung: Neue Seminare für Elternvertreter 21
Familienpolitik: Hohe Steuerlast für Familien mit Kindern . 6	Mathematik: Warum Mädchen oft schlechte Noten haben 22
Grundschule: Sind die Schulen reif für Kinder? 8	MINT: Gut gebildete Fachkräfte gefragt 22
Medien: Medienbildung durch Bildungsplanmatrix 9	Hochschule aktuell
Qualitätsmanagement: Ideen zur Verbesserung des Schulalltags 11	Studienbeginn: Studienbotschafter informieren Abiturienten 24
ADHS: Neues Verfahren zur Diagnose 12	Bologna-Prozess: Studienbedingungen verbessert 25
Leserbriefe 13	Naturwissenschaften: Information durch MINT-Portal . . 26
Junge Erwachsene: Untersuchung ihrer Lebensumstände 14	Neuer Studiengang: Master in Bildungswissenschaft . . 26
Demografischer Wandel: Studie zur Entwicklung der Schullandschaft 15	Auslandsstudium: ERASMUS immer beliebter 27
Unterricht: EMU – Neue Methode zur Unterrichts- diagnostik 17	Studieren in Deutschland: Onlinespiel hilft weiter 27

Liebe Leserinnen und Leser,

Baden-Württemberg hat gewählt und in der Bildungspolitik kann man gespannt sein, was in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg passieren wird.

Was die Eltern und damit auch Wähler auf keinen Fall brauchen, sind weitere von der Politik verordnete Maßnahmen, die nicht verortet sind in den Anforderungen des Alltags an unseren Schulen und den Verhältnissen vor Ort.



Christian Bucksch,
Vorsitzender des Landeselternbeirats

Im Wahlkampf war von den Parteien unzählige Male davon die Rede, den Dialog mit den Bürgern bzw. Wählern nicht nur zur Wahlkampfzeit zu suchen, sondern bei allen wichtigen Entscheidungen die Bürger von Anfang an mit einbinden zu wollen und eine neue Kultur des Dialogs einzuführen.

Auf geht's, ihr Politiker, wir nehmen euch beim Wort!

Wir Eltern würden es sehr begrüßen, wenn unsere Meinungen an den Schulen und in der Politik endlich einmal gewünscht wären und gehört würden.

Unter dem Aspekt der vollmundigen Erklärungen der Politiker ist es auch nicht in Ordnung, dass sich die Mitbestimmungsmöglichkeit von uns Eltern einzig und allein auf die Schulkonferenz in den Schulen reduziert und wir dort nach Schulgesetz auch noch in der Minderheit sind.

Auch der Landeselternbeirat ist offiziell nach Schulgesetz nur ein Beratungsgremium, eine Akzeptanz unserer vielen Vorschläge und Stellungnahmen ist im Endeffekt vom Wohlwollen der Politik abhängig und selten genug zu finden.

Ganz zu schweigen von den vielen Initiativen und Gruppierungen, die sich rund um das Thema Schule gebildet haben, hinhören und den Dialog suchen lohnt sich auch hier!

Also, auf geht's, sehen wir die Wahl als Chance!

Wir Eltern wollen, dass uns endlich eine gleichberechtigte Rolle in einer gelebten Erziehungspartnerschaft zugestanden wird, damit an unseren Schulen vieles (auch mit uns Eltern!) zum Guten bewegt werden kann. Es kann nicht sein, dass der Schulbesuch trotz aller „Reformen“ in der Rangfolge nur knapp vor dem Zahnarztbesuch steht.

Es gab in der Vergangenheit schon genug von oben verordnete Reformen, wie die Einführung der Mengenlehre, das G8, die Werkrealschule, der Bologna-Prozess, u.a., die gezeigt haben, dass der Weg „von oben verordnet“ statt „von unten entwickelt“ der falsche war.

Auf geht's, nehmen wir die Politiker beim Wort und fordern den von ihnen angekündigten Dialog nach der Wahl auch ein.

Kompetentere Partner als uns Eltern sind wahrlich schwer zu finden, wenn es um unsere Kinder und deren Schulen geht!

Christian Bucksch

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Christian Bucksch – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: redaktion.sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Chistiane Staab (cs), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Mit Kindern ins finanzielle Abseits?

Bei der Steuerlast für Familien hat Deutschland im OECD-Vergleich Spitzenplatz

Die Schlagworte Fachkräftemangel und zunehmende Überalterung der Gesellschaft sind aus der aktuellen politischen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Ein guter Grund, jungen Familien mehr Mut zu Kindern zu machen. Dabei geht es nicht nur um soziale Rahmenbedingungen, den Ausbau von Kindertagesstätten, Bildungspaketen oder Ähnlichem, auch die wirtschaftliche Situation von Familien rückt stärker in den Fokus der Diskussion. Denn Kinder bereiten nicht nur viel Freude, sondern kosten auch eine Menge Geld. In diesem Zusammenhang wird daher verstärkt auch über die steuerliche Belastung von Haushalten mit Kindern diskutiert. Zenon Bilaniuk, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland e.V., hat die Belastungen von Familien genauer analysiert.

Unbestritten liegt Deutschland bei der Abgabenbelastung von Familien im Spitzenfeld, wie eine jüngere OECD-Studie veranschaulicht.

Aufgrund der demographischen Entwicklung hat das Interesse der Politik an Familienpolitik zugenommen. Dies gilt auch für den Bereich des Steuerrechts und der Steuerpolitik. Doch die Ausgangsbasis ist schlecht, wie jüngere Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (kurz: OECD) zeigen. Diese vergleichen in regelmäßigen Abständen die Belastung mit Steuern und Abgaben in den einzelnen europäischen Staaten. Danach ist die Abgabenbelastung von Familien in Deutschland nach wie vor sehr hoch.



Zenon Bilaniuk

Abgabenbelastung von Familien

So beliefen sich in Deutschland für das Jahr 2009 Steuern und Sozialabgaben für einen alleinerziehenden Geringverdiener mit zwei Kindern auf 31,3 Prozent der Arbeitskosten. Die Abgabenlast lag damit um 14,3 Prozentpunkte über dem OECD-Durchschnitt.

Bei einem Ehepaar mit zwei Kindern und einem Erwerbstätigen mit Durchschnittsverdienst lagen in Deutschland die Abzüge bei 33,7 Prozent der Arbeitskosten. Das sind immer noch 7,7 Prozentpunkte mehr als im europäischen Durchschnitt von 26,0 Prozent.

Noch deutlicher fällt die Bilanz bei einer vierköpfigen Familie mit zwei berufstätigen Elternteilen aus. Hier liegt die Belastung mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen bei 43,1 Prozent und damit bei über 12 Prozent über dem OECD-Durchschnitt. Insgesamt werden Familien in Deutschland damit deutlich stärker mit Sozialabgaben und Steuern belastet als in den meisten anderen OECD-Ländern.

Auch die Berechnungen des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler unterstreichen dieses Ergebnis. Nach Berechnungen des Instituts fallen bei einem Doppelverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern bei einem Jahresbruttolohn von 58.589 Euro rund 32.047 Euro Steuern und Sozialabgaben (incl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) an. Kein erfreuliches Ergebnis, denn Familien sind für unsere Zukunft

von entscheidender Bedeutung und daher vor übermäßiger Abgabenbelastung zu bewahren.

Steuerliche Förderung

Doch wie ist das Problem zu lösen? Angesichts knapper Kassen und der Erkenntnis, Familien steuerlich entlasten zu müssen, begibt man sich leicht auf vermintes Terrain. Hier gehen die Meinungen weit auseinander, gipfeln mitunter in Grabenkämpfen zwischen Verfechtern des bestehenden Systems (Ehegattensplitting und Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag) versus anderer Modelle, z. B. des Familiensplittings. Dass das eine Modell nicht zwingend gegen das andere ausgespielt werden muss, zeigt ein Blick ins Ausland. Länder wie beispielsweise Frankreich fahren längst ein Modell zur steuerlichen Förderung von Familie und Ehe gleichermaßen. In Frankreich gilt ein so genannter Familienquotient. Danach wird das Gesamteinkommen der Familien nicht nur durch die Zahl zwei für die Eltern geteilt, sondern entsprechend der Kinderanzahl ein höherer Divisor angesetzt.

Die bestehende Familienbesteuerung in Deutschland ist stark durch das Ehegattensplitting geprägt. Dieses Verfahren existiert in Deutschland seit dem Jahr 1957. Das gemeinsame zu versteuernde Einkommen der Ehegatten wird dabei halbiert (gesplittet). Für das so ermittelte Einkommen wird die Einkommensteuer nach dem geltenden Einkommensteuertarif berechnet; die dann ermittelte Einkommensteuer wird schließlich verdoppelt.

Ergänzt wird das Ehegattensplitting durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen. Diese Regelungen sind über verschiedenste Normen des Steuerrechts verteilt. Sie reichen vom Kinderfreibetrag über die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten bis hin zur steuerlichen Berücksichtigung von Schulgeld. Insgesamt hat eine Arbeitsgruppe des Bundesfamilienministeriums im Jahr 2006 ermittelt, dass es in Deutschland 154 Einzelmaßnahmen zur Berücksichtigung oder Förderung der Familien gibt. Bis 2013 soll die Familienministerin eine Gesamtübersicht liefern, mit dem Ziel, Leistungen wirksamer und effizienter zu gestalten und zu bündeln.

Demgegenüber bezieht das Modell des Familiensplittings die Kinder direkt in das Splittingverfahren ein. Ungeachtet der Streitdiskussion ist bei beiden Modellen die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers Anknüpfungspunkt der Besteuerung. Kinder sind zweifelsohne eine Bereicherung, mindern steuerlich gesehen jedoch die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers. Letztlich ist es daher Aufgabe des Gesetzgebers, die steuerliche Berücksichtigung von Kindern angemessen und realitätsgerecht auszugestalten.

Kinderbetreuungskosten

Doch nicht überall wo in der Vergangenheit Familienförderung draufstand, war auch wirklich Familienförderung enthalten. Bestes Beispiel dafür sind die unübersichtlichen Regelungen, um Kosten für die Kinderbetreuung steuerlich geltend zu ma-

chen. Dabei kann es leicht passieren, dass für das fünfjährige Kind die Kosten für die Betreuung steuerlich abziehbar sind, die Kosten für das siebenjährige Kind jedoch nicht berücksichtigt werden. Möglicherweise bringt das zurzeit beratene Steuervereinfachungsgesetz zumindest in diesem Punkt ab 2012 Verbesserungen für Familien. Dass in Deutschland Handlungsbedarf besteht, die steuerliche Berücksichtigung von Familien mit Kindern zu verbessern, ist daher unbestritten, nun sollten den Erkenntnissen auch Taten folgen.

Beispiel:

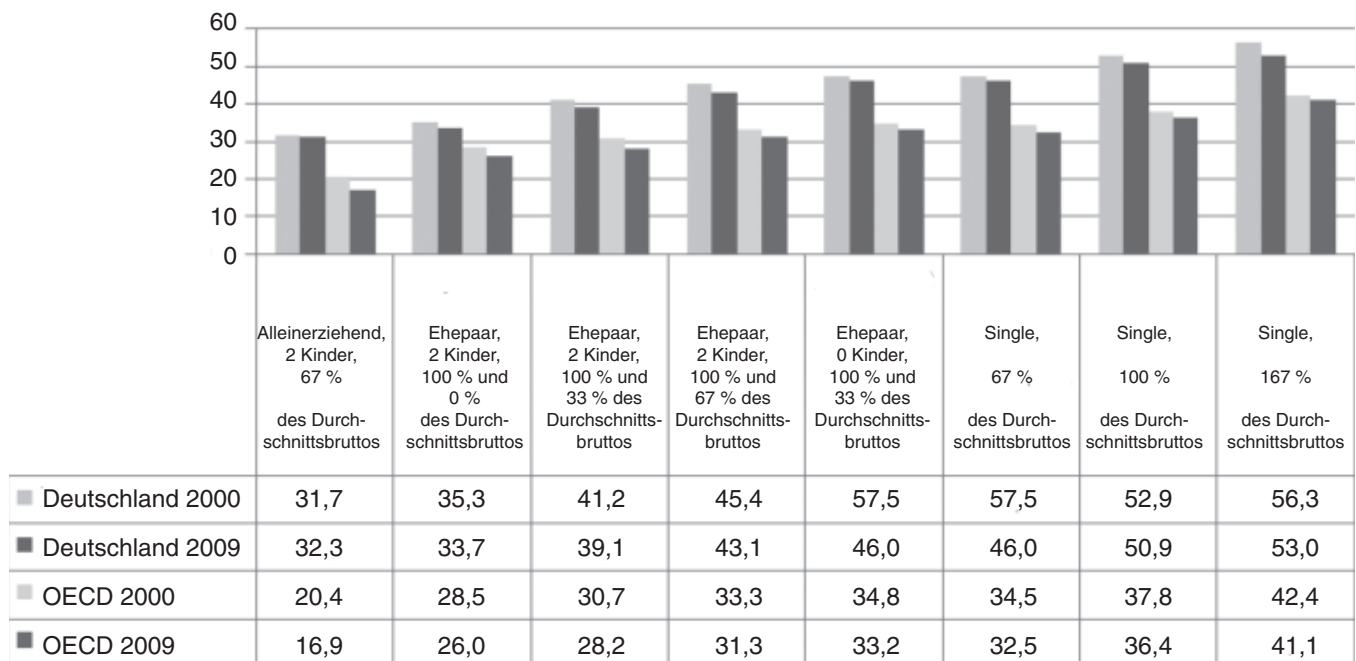
Belastungsrechnung Doppelverdiener-Ehepaar mit 2 Kindern (mit Durchschnittslohn 2008 bzw. 33% vom Durchschnittslohn)

Gemeinsamer Brutto-lohn	58.589 Euro
+ Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	11.374 Euro
= Bruttoarbeitskosten	69.963 Euro
– Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung	28.971 Euro
= Nettoeinkommen	40.992 Euro
Umsatzsteuerbelastung	3.076 Euro
Steuern und Sozialbeiträge gesamt:	32.047 Euro
(entspricht in % von den Bruttoarbeitskosten 45,8 %)	

Berechnungen: Karl-Bräuer-Institut

Zum Autor: Zenon Bilaniuk, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland e.V.

Deutschland: Tax Wedge
(Lohnsteuer, Sozialbeiträge Arbeitnehmer und Arbeitgeber, abzgl. Transfers)
in Prozent der Gesamtarbeitskosten



Quelle: OECD-Studie Taxing Wages – Ausgabe 2010

Wissenschaftler online buchen – Gesundheitsforscher in Schulen

Biologie muss nicht immer nur der Lehrer erklären. Schülerinnen und Schüler können sich ab sofort Spitzenleute aus der Gesundheitsforschung direkt ins Klassenzimmer holen. Möglich macht das die Forschungsboerse, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Wissenschaftsjahr „Forschung für unsere Gesundheit“ fördert. Interessierte Lehrer können über die Website www.forschungsboerse.de Wissenschaftler aus ihrer Region in den Unterricht einladen. 60 Gesundheitsforscher haben sich für die Kontaktplattform schon gemeldet – die Tendenz ist steigend.

„Forscher im Klassenzimmer können Kinder und Jugendliche hervorragend für ihr Fach begeistern“, sagte Bundesforschungsministerin Annette Schavan. „Die Schüler haben dabei zudem die Chance, Fragen zu stellen, die ihnen unter den Nägeln brennen. Und sie können die Antworten mit den Forschern diskutieren.“

Bereits im vergangenen Wissenschaftsjahr hat sich die Idee bewährt, Wissenschaftler bundesweit in die Klassenzimmer zu holen. Gestartet war die Forschungsboerse im Wissenschaftsjahr 2010 mit Experten aus der Energieforschung. Diese Forscher können dort auch weiterhin kontaktiert werden.

Weitere Informationen unter www.forschung-fuer-unsere-gesundheit.de.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bei der Boerse mitmachen möchten, können sich unter www.forschungsboerse.de registrieren. Fragen zur Forschungsboerse beantwortet

Alexandra Therese Gottschalk, Büro Wissenschaftsjahre, Tel.: 030 67055-782, E-Mail: forschungsboerse@dlr.de.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung